

XXIV. GP.-NR  
898 /AB

08. April 2009

zu 994 /J

REPUBLIK ÖSTERREICH

Der Bundesminister für europäische  
und internationale Angelegenheiten

Dr. Michael Spindelegger

Frau Präsidentin des Nationalrates  
Mag.<sup>a</sup> Barbara PRAMMER  
Parlament  
1017 Wien

8. April 2009

GZ. BMeiA-SI.4.15.02/0001-IV/2009

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mario Kunasek, Kolleginnen und Kollegen haben am 19. Februar 2009 unter der Zl. 994//J-NR/2009 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „unverständliche Schikanen rund um die Autobahnvignetten in Slowenien“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

**Zu Fragen 1 bis 4:**

Die jüngste Ankündigung Sloweniens eine günstigere Wochenvignette ab 1. Juli 2009 einzuführen kann nicht zuletzt auch als Erfolg für Österreichs Bemühungen gewertet werden, das stets darauf bedacht war, hier Verbesserungen zu erzielen. Dies ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Mein Ressort wird nun genau verfolgen, wie sich diese neue Regelung in der Praxis bewährt. Auch die Europäische Kommission wird prüfen, ob die neue Regelung ausreichend ist.

Auf politischer Ebene wurde diese Frage wiederholt bei bilateralen Treffen der Außenminister, zuletzt bei meinem Treffen mit meinem slowenischen Amtskollegen am 13. März 2009 in Laibach angesprochen. Auch gegenüber der Europäischen Kommission hat Österreich die slowenische Vignettenregelung kritisiert und auf eine Lösung des Problems gedrängt.

.12

- 2 -

Bereits im Vorfeld der Einführung der slowenischen Vignettenpflicht, und zwar am 30. Mai 2008, sprach der damalige österreichische Botschafter Dr. Valentin Inzko im slowenischen Außenministerium vor und brachte die österreichischen Bedenken gegen die beabsichtigte Form der Autobahnvignette für PKW in Slowenien vor.

Die seit 1. Juli 2008 in Slowenien bestehende Vignettenpflicht für PKW auf Autobahnen führte zu scharfer Kritik seitens der österreichischen Automobilclubs aber auch zu schriftlichen Beschwerden österreichischer StaatsbürgerInnen bei der österreichischen Botschaft in Laibach. Hauptpunkte der Beschwerden waren dabei v.a.:

- die Tatsache, dass es keine kostengünstige Kurzzeitvignette gibt,
- unfreundliches Verhalten der Vignetten-Kontrollorgane sowie
- die Vignettenpflicht für den Kreisverkehr bei Pesnica.

Die Botschaft leitete diese Briefe stets an die zuständigen slowenischen Stellen weiter und übermittelte in Folge die Antworten an die sich beschwerenden Bürger.

